

## **Alexander Brockmeier MdL**

Sprecher für Jugend, Datenschutz, Vollzugskommission

Vorsitzender der FDP Kreisverband Steinfurt

Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

T 0211 - 884 4457 M 0160 – 9893 6733

[alexander.brockmeier@landtag.nrw.de](mailto:alexander.brockmeier@landtag.nrw.de)

[fdp.fraktion.nrw](http://fdp.fraktion.nrw)

## **ENERGIE**

### **Was tun Sie, um zu ermöglichen, dass weitere Flächen für Wind- und Photovoltaikanlagen freigegeben werden?**

Wir wollen einen natur- und sozialverträglichen Ausbau der Erneuerbaren im Einklang mit den Ländern und Kommunen. Bundesweite Abstandsregelungen lehnen wir ab und wollen die Entscheidung den Bundesländern überlassen.

### **Was tun Sie, um den Kohleausstieg noch vor 2035 vollständig zu vollziehen, um so die Klimaziele 2030 erreichen zu können?**

Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO<sub>2</sub> im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO<sub>2</sub> spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO<sub>2</sub> speichert, muss dafür Geld erhalten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien.

### **Was tun Sie, um klima- und umweltschädliche Subventionen abzubauen, insbesondere die Freistellung des Braunkohletagebaus von der Förderabgabe?**

Wir stehen zu den Pariser Klimaschutzzielen, die jedoch nur international abgestimmt erreicht werden können. Statt ideologischer Debatten will die FDP-Fraktion am eigentlichen Ziel arbeiten, die CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit zu reduzieren.

Allgemeine Technologieverbote sind nicht zielführend. Mit dem Emissionshandel erreichen wir effizient und europaweit den größtmöglichen Effekt für jeden eingesetzten Euro.

## **QUERSCHNITTSTHEMA MOBILITÄT**

### **Was tun Sie, um klimafreundliche Mobilitätskonzepte (u. a. Tempolimit, Reduktion von Verkehrsnotwendigkeiten) zu etablieren?**

Wir Freie Demokraten sind gegen unverhältnismäßige Verbote in der Mobilität. Wir setzen auf Innovationen, Vernunft und Freiheit. Tempolimits, Diesel- oder Motorradfahrverbote sind weder progressiv noch nachhaltig. Durch die von uns geforderte Ausweitung des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels werden sich umwelt- und klimafreundliche Motoren und alternative Kraftstoffe durchsetzen, weil sie gegenüber emissionsstarken Produkten günstiger werden. Ein pauschales Verbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab. Innovationen und eine bessere Infrastruktur können die Verkehrssicherheit und einen umweltfreundlichen Verkehrsfluss voranbringen. Pauschale Einschränkungen des Individualverkehrs sind keine Lösung. Intelligente und innovative Verkehrslenkung bietet hingegen enorme Möglichkeiten.

### **Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Perspektiven junger und alter Menschen bei der Gestaltung des ÖPNV berücksichtigt werden?**

Unser Land NRW braucht einen leistungsstarken ÖPNV, der sowohl den Pendlerinnen und Pendlern wie auch dem Freizeitbedürfnissen der Menschen dient. In den Ballungsräumen ist NRW meist bereits gut aufgestellt; hier wollen wir eine sinnvolle Weiterentwicklung. Im ländlichen Raum wollen wir mit Schnellbussystemen adäquate neue Angebote schaffen.

### **Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um den Anteil des Fahrrads am Modal Split zu erhöhen?**

Wir Freie Demokraten sehen im Fahrrad einen umweltfreundlichen Verkehrsträger für die individuelle Fortbewegung. Bei der Verkehrsplanung müssen die Bedürfnisse des Radverkehrs umfassend berücksichtigt werden. Ziel sind mehr sichere Radwege und

Radfahrstreifen, die Konflikte mit dem motorisierten Verkehr vermeiden. Wir setzen uns zudem für eine europaweite Regelung zur beschleunigten Einführung von Abbiegeassistenten für alle Lastkraftwagen ein.

## **AGRAR- UND LANDWIRTSCHAFT**

### **Wie wollen Sie eine deutliche Reduzierung der industriellen Nutztierhaltung erreichen?**

Zentrale Punkte sind für uns die Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz und mehr Transparenz für Verbraucher. Die Forderungen der Gesellschaft zu Umwelt und Naturschutz sind berechtigt. Für bäuerliche Betriebe muss aber ein fairer Lastenausgleich geschaffen werden. Höhere Preise für artgerechte Tierhaltung wollen wir nicht über Sonderabgaben erreichen, sondern über eine generelle Anhebung der Standards.

### **Wie wollen Sie erreichen, dass vorrangig biologisch wirtschaftende Betriebe gestärkt werden?**

Damit auch die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf tierischer Erzeugnisse Verantwortung übernehmen können, müssen Haltungsbedingungen klar erkennbar sein. Um das zu gewährleisten, setzen wir uns für ein einfaches, transparentes und verpflichtendes Tierwohllabel in der gesamten Europäischen Union und mittelfristig für europaweit einheitliche Tierschutzstandards ein.

### **Wie möchten Sie eine drastische Reduktion des Pestizid- und Kunstdüngereinsatzes umsetzen?**

Widersprüche zwischen konkurrierenden Rechtsbereichen wie zwischen dem Tierwohl und Immissionsschutz müssen aufgelöst werden.

## **ZUR DEMOKRATIESTÄRKUNG UND TEILHABE**

### **Wie fördern Sie das demokratische Engagement von Kindern, Jugendlichen sowie Älteren in Ihrer Kommune in Kooperation von Jugend- und Altenarbeit und anderen Akteuren vor Ort?**

Wir Freie Demokraten wollen ehrenamtliches Engagement von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken entlasten. Den Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine wollen wir vereinfachen – etwa in den Bereichen Akquise und Verwaltung. Das freiwillige Engagement tausender Bürgerinnen und Bürger ermöglicht Millionen von Menschen freie Entfaltung, Selbstwirksamkeit und vor allem Kindern und Jugendlichen wertvolle Lernprozesse. Es bringt Menschen unabhängig ihres sozialen und kulturellen Hintergrundes zusammen, stiftet Gemeinschaft und fördert Toleranz.

### **Wie setzen Sie sich für eine Senkung des Wahlalters ein?**

Wir Freie Demokraten fordern eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament. Als Voraussetzung dafür ist die politische Bildung an allen Schulformen zu verstärken. Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Es ist das vornehmste Recht in einer Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts. Junge Menschen nehmen bereits in vielen Lebensbereichen Verantwortung wahr, werden aber von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Dabei sind sie diejenigen, die am längsten von politischen Entscheidungen beeinflusst werden. Das Wahlrecht ab 16 ist gelebte Generationengerechtigkeit.

### **Wie berücksichtigen Sie die Bedürfnisse aller jungen und alten Menschen bei politischen Entscheidungen?**

Durch soziale Medien stehe ich täglich im Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern aus allen Bereichen der Gesellschaft. Dies ist eine enorme Chance für uns Politiker, um mit unseren Wählern ins Gespräch und in die Diskussion zu kommen.

**Was werden Sie unternehmen – auch finanziell -, um junge und alte Menschen in Ihrer Kommune vor antisemitischer, rassistischer und rechtsextremistischer Hetze und Gewalt zu schützen?**

Wir Freie Demokraten erkennen die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als besondere Herausforderung an. Wir stellen uns Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen. Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Die Beobachtung rechtsextremer Gefährderinnen und Gefährder muss zügig intensiviert werden. Die Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern. Für Menschen mit gefährlichen rechtsextremen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz.